

3.14 Medien

Das Thema „Medien und Integration“ ist eines der Themen, denen in den Jahren 2006 bis 2009 zunehmend Bedeutung sowohl verbandsintern als auch in der Öffentlichkeit beigemessen wurde. Obgleich die agah der Medienpolitik schon seit vielen Jahren einen wichtigen Stellenwert in der Integrationsdebatte einräumt, in den Gremien des Hessischen Rundfunks und der Landesanstalt für Privaten Rundfunk vertreten ist und immer wieder auch die Verantwortung der Medien beim Abbau von Vorurteilen, vor allem aber ihre gesellschaftliche Vorbildfunktion verdeutlicht hat, sind entscheidende Fortschritte in der medienpolitischen Debatte vor allem in diesem Berichtszeitraum zu verzeichnen.

Meilenstein dieser Entwicklung ist das beharrliche Bohren viele Organisationen und Akteure, die Rolle der Medien und deren Verantwortung im Integrationsprozess stärker in den Fokus zu nehmen. Gradmesser dafür ist u.a. die Vielzahl von medienpolitischen Fachtagungen und Kongressen sowie neue Initiativen.

Vertreter/innen der agah führten so mehrere auf die hessische Situation bezogene medienpolitische Gespräche mit Vertretern anderer Verbände und Initiativen und besuchten Fachveranstaltungen, z.B.

- 14.09.2007 „Migration und die Rolle der Medien“, Diskussionsveranstaltung, Groß-Gerau. Veranstalter: AB Groß-Gerau
- 07.-08.05.2007 „10. Medienforum Migranten“, Veranstaltungsreihe, Stuttgart. Veranstalter: Südwestrundfunk SWR
- 05.06.2007 „Mediennutzung und Integration von Migrantinnen und Migranten“, Fachtagung, Mainz. Veranstalter: ARD, ZDF

Medien

- 28.08.2007 „Guten Morgen - Günaydin! Das Bild der Türkei in den deutschen Medien, das Bild Deutschlands in den türkischen Medien“, Podiumsdiskussion, Frankfurt. Veranstalter: Frankfurter Presseclub, Bund türkischer Journalisten in Europa
- 30.08.2007 „Integration als Programmkonzept“, Frankfurter Mediengespräch, Frankfurt. Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung
- 16.-18.11.2007 „Was guckst Du? Der Islam in den Medien“, Tagung, Hofgeismar. Veranstalter: Ev. Akademie Hofgeismar
- 18.07.2008 „Das Bild der MigrantInnen in den Medien - Realität und Fiktion in der Berichterstattung zu Fragen der Integration“, offenes Diskussionsforum, Frankfurt. Veranstalter: Forum für mehr Integration e.V.
- 19.11.2009 „Migranten als Zielgruppe? Medienrezeptionsforschung und Chancen der Programmplanung für die mediale Integration“, Tagung, Bad Homburg. Veranstalter: Herbert Quandt-Stiftung

Eine herausragende Rolle dürften wohl aber vor allem Prozesse innerhalb der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Selbstverpflichtungen im Rahmen des Nationalen Integrationsplans gespielt haben.

Die agah verfolgte daher im Laufe des Berichtszeitraums mehrere medienpolitische Bausteine:

- ☞ Gremienvertretung
- ☞ Beobachtung der Berichterstattung von Medien in Hessen
- ☞ Entwicklung und Verfolgung eigener medienpolitischer Forderungen
- ☞ Setzung medienpolitischer Akzente durch eigene Veranstaltungen

Unterstützt wurde der Vorstand dabei durch die Arbeitsgruppe „Medien“ und auch die Arbeitsgruppe „Interreligiöser Dialog“, die immer wieder wichtige Impulse für eine bessere Darstellung und Repräsentanz des Islam in den Medien gab.

3.14.1 Hessischer Rundfunk

3.14.1.1 Rundfunkrat

Seit 2000 ist die agah mit einem Sitz im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks vertreten. Der Rundfunkrat hat die Aufgabe, die Allgemeinheit auf dem Gebiete des Rundfunks zu vertreten, er wählt u.a. den Intendanten des hr.

Vertreter der agah ist seit März 2006 Yilmaz Memisoglu, der die Nachfolge von Manuel Parrondo übernahm und zugleich im gesamten Berichtszeitraum Mitglied des Programmausschusses „Hörfunk“ war und regelmäßig an Sitzungen des Programmausschusses „Fernsehen“ teilnahm.

Sitzungen - soweit dokumentiert - fanden statt:

- 09.06.2006 Rundfunkrat, Frankfurt
- 12.06.2006 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 10.07.2006 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 14.07.2006 Rundfunkrat, Frankfurt
- 04.09.2006 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 08.09.2006 Rundfunkrat, Frankfurt
- 21.09.2006 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
- 02.11.2006 Rundfunkrat, Frankfurt
- 02.02.2007 Rundfunkrat, Frankfurt
- 08.02.2007 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
- 26.02.2007 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt

Medien

- 16.03.2007 Rundfunkrat, Frankfurt
- 22.03.2007 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
- 26.03.2007 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 26.04.2007 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 25.05.2007 Rundfunkrat, Frankfurt
- 06.06.2007 Programmausschuss „Hörfunk“, Butzbach
- 11.06.2007 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 06.07.2007 Rundfunkrat, Frankfurt
- 01.09.2007 Rundfunkrat, Berlin
- 17.09.2007 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 20.09.2007 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
- 05.10.2007 Rundfunkrat, Frankfurt
- 25.10.2007 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
- 29.10.2007 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 16.11.2007 Rundfunkrat, Frankfurt
- 19.11.2007 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 22.11.2007 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
- 06.12.2007 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
- 10.12.2007 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 14.12.2007 Rundfunkrat, Frankfurt
- 01.02.2008 Rundfunkrat, Frankfurt
- 11.02.2008 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 14.02.2008 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
- 07.03.2008 Rundfunkrat, Frankfurt
- 13.03.2008 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
- 17.03.2008 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 10.04.2008 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt

-
- 18.04.2008 Rundfunkrat, Frankfurt
 - 28.04.2008 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
 - 26.05.2008 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
 - 11.06.2008 Programmausschuss „Fernsehen“, Homberg/Efze
 - 12.06.2008 Programmausschuss „Hörfunk“, Kassel
 - 12.07.2008 Finanzausschuss, Frankfurt
 - 25.08.2008 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
 - 29.08.2008 Rundfunkrat, Frankfurt
 - 22.09.2008 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
 - 26.09.2008 Rundfunkrat, Frankfurt
 - 02.10.2008 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
 - 27.10.2008 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
 - 21.11.2008 Rundfunkrat, Frankfurt
 - 04.12.2008 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
 - 08.12.2008 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
 - 12.12.2008 Rundfunkrat, Frankfurt
 - 13.03.2009 Rundfunkrat, Frankfurt
 - 20.04.2009 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
 - 30.04.2009 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
 - 08.05.2009 Rundfunkrat, Frankfurt
 - 11.05.2009 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
 - 04.06.2009 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
 - 05.06.2009 Rundfunkrat, Frankfurt
 - 05.09.2009 Rundfunkrat, Frankfurt
 - 10.09.2009 Programmausschuss „Hörfunk“, Frankfurt
 - 21.09.2009 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt

- 02.10.2009 Rundfunkrat, Frankfurt
- 26.10.2009 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 23.11.2009 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 26.11.2009 Programmausschuss „Fernsehen“, Frankfurt
- 18.12.2009 Rundfunkrat, Frankfurt

Durch aktive Mitarbeit konnte die agah immer wieder Impulse setzen, und die Aufmerksamkeit auf die Interessen der nicht-deutschen Hörer/innen und Zuschauer/innen lenken.

Der berechtigten Forderung nach einem Sitz im Rundfunkrat für eine/n muslimische/n Vertreter/in hat sich die agah im Berichtszeitraum angeschlossen. Die Forderung, das Gesetz über den Hessischen Rundfunk dementsprechend zu ändern, wurde auch explizit in das Aktionsprogramm „Integration“ mit aufgenommen. Das gleiche gilt für die Versammlung der Landesanstalt für den privaten Rundfunk. Aufgrund der Zuständigkeit des Landesgesetzgebers wurde das Anliegen nicht dem hr, sondern immer wieder in Gesprächen mit den Fraktionen vorgetragen. Bis zum Ende des Berichtszeitraums ohne Aussicht auf Erfolg.

3.14.1.2 Programmbegleitung

Die regelmäßige Beobachtung der Sendungen des Hessischen Rundfunks und der Entwicklung seines Programms gehören nicht nur zu den Aufgaben eines Rundfunkratsmitglieds, sondern auch zu dem Selbstverständnis der agah. Gerade öffentlich-rechtliche Sender sollten die gesellschaftliche Realität widerspiegeln und ihren Beitrag zur Integration leisten. Dort, wo Entwicklungspotentiale bestehen, ist es Aufgabe der agah, sie aufzuzeigen. Dort, wo durch unbedachte Berichterstattung Vorurteile verstärkt werden können, ist es Anspruch der agah, auf Abhilfe zu drängen.

Beispiele aus der Vielfalt der Themen, die entweder im Rundfunkrat angesprochen wurden oder zu denen sich die agah schriftlich geäußert hat, sollen hier dargestellt werden.

ARD - exklusiv

Eine Produktion des Hessischen Rundfunks für die ARD-Reihe „ARD-exklusiv“ war Anlass der Bitte um Unterstützung durch den Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma.

Am Vorabend des Jahrestages 2006 der Reichsprogromnacht (am 9. November 1938) sollte ein Beitrag ausgestrahlt werden, der über „ Auf Einbruchstour - Frankfurts junge Diebe“ berichten und dabei laut Vorankündigung der ARD-Programmplanung eine bestimmte Tätergruppe, die MEM-Kinder in den Focus nahm. MEM stehe dabei für ‚Mobile ethnische Minderheit‘ und sei Amtsdeutsch für Sinti und Roma. Der Zentralrat bat um Unterstützung bei seiner Bitte an den Intendanten des Hessischen Rundfunks, den Beitrag nicht zu senden und im Falle einer Ausstrahlung die Minderheitenkennzeichnung der Beschuldigten zu entfernen.

Der Vertreter der agah unterstütze das Anliegen gegenüber dem Intendanten des hr und im zuständigen Ausschuss des Rundfunkrates. Einen Verzicht auf die Ausstrahlung des Films lehnte der hr ab, die Ausstrahlung wurde jedoch in den März 2007 verschoben. Auch wurde die Presseankündigung überarbeitet und die eindeutige Minderheitenkennung im Film ausgeblendet. Dennoch blieb die Darstellung der Sinti und Roma im Film - vorsichtig formuliert - grenzwertig.

Hessenschau/Aktuelles

Mehrere Beiträge in dem täglichen Abendmagazin, der „Hessenschau“, und den Nachrichtensendungen des hr-Fernsehens gaben ebenfalls Anlass zur Kritik.

Bereits im Jahr 2005 war die unzulängliche Berichterstattung über die Ausländerbeiratswahlen im November 2005 angemahnt worden. Im März 2006 wurde zumindest seitens des hr eingeräumt, dass der Hinweis auf die Wahl unglücklich platziert war und dass das Konzept der Berichterstattung bei den nächsten Wahlen kritisch überprüft werde.

Weiterhin standen ein Bericht über einen Mordversuch an einem katholischen Priester im Spätsommer 2006 oder eine Anmoderation zu einem Beitrag im Frühjahr 2008 im Mittelpunkt der Kritik.

Der Vorstand bewertete den Beitrag über den Mordversuch als tendenziös, stigmatisierend und diskriminierend und beauftragte den Vertreter der agah im Rundfunkrat, dort die Kritik vorzutragen. Auch im Fall der diskriminierende Anmoderation wurde Yilmaz Memisoglu beauftragt, die Kritik dem Programmdirektor des hr mitzuteilen.

Eine weitere Intervention erfolgte aus Anlass der Berichterstattung des hr über die 25-Jahr-Feier der agah am 30.08.2008 und die Nichtberücksichtigung der Tagung zur „Zukunft der Muslime“ im Oktober 2008. Diese war insofern erfolgreich, da der Intendant die Entscheidung der Redaktion, das 25-jährige Jubiläum der agah nur in einem knappen Nachrichtenfilm zu würdigen, als Fehlentscheidung bestätigte. Insgesamt werde jedoch kein Defizit in der Berichterstattung über die von uns angesprochenen Fragen gesehen.

Arte

Im April 2009 wurde der agah erneut eine Beschwerde des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma zu dem Dokumentarfilm „Zigeuner“, der am 21. März 2009 in ARTE ausgestrahlt und für den der hr redaktionell verantwortlich war, vorgetragen. Durch die Darstellung des Films würde die gesamte Minderheit der Sinti und Roma erniedrigt und in ihrer Menschenwürde verletzt. Mit der öffentlichen Ankündigung des Films sei ein pauschaldiskriminierender Bezug auf alle ‚Sinti und Roma in Europa‘ hergestellt, der zur Ausgrenzung der Sinti und Roma-Minderheiten in Deutschland und anderen Ländern beitrage. Der Zentralrat bat um Intervention beim hr, damit der Film in dieser Form nicht wiederholt oder zumindest eine Überarbeitung mit der Entfernung der aufgeführten diskriminierenden Inhalte vorgenommen wird. Der Vorstand teilte die Sichtweise und die Kritik. Der Film war sodann mehrfach Gegenstand der Diskussion in den Gremien des hr. Eine weitere Ausstrahlung ist nicht bekannt.

De facto

Beiträge in der wöchentlichen Fernsehsendung „De facto“ über Muslime, Islam oder Moscheen gaben regelmäßig wiederkehrend Anlass zur Beschwerde. Die Kritik wurde über den Rundfunkrat eingebracht.

Landtagswahl 2008

Positiv bewertet und mit einer entsprechenden Pressemitteilung am 2. Januar 2008 unterstützt wurde die Entscheidung des Hessischen Rundfunks, einen TV-Spot der rechtsextremen NPD zur Landtagswahl am 27. Januar 2008 nicht auszustrahlen, da der Beitrag den Tatbestand der Volkverhetzung erfülle.

Ausländerprogramm

Bereits in den Vorjahresberichten wurde deutlich, dass im Rahmen von Strukturreformen des hr das muttersprachliche Hörfunkprogramm bzw. zielgruppenspezifische Sendungen einer ständigen Überprüfung, Sendeplatzverlagerungen und Kürzungen ausgesetzt waren.

Dies setzte sich auch im Berichtszeitraum fort. Öffentlich-rechtliche Anstalten standen besonders in den Jahren 2008 und 2009 unter dem Zeichen des Sparens. So wurden in allen Sendeanstalten Kürzungen, Programmstreichungen und Einsparungen am Personal vorgenommen. Besonders betroffen waren die Ausländerprogramme. Im Jahr 2009 wurde entschieden, den Betrieb der Mittelwelle zum Jahresende einzustellen. Damit standen auch die muttersprachlichen Programme, die insgesamt in sieben Sprachen mit 19,5 Stunden pro Woche und seit vielen Jahren ausschließlich über die Mittelwelle gesendet wurden, zur Disposition. In Schreiben an den Hessischen Ministerpräsidenten, den Hessischen Integrationsminister sowie die betroffenen Generalkonsulate der betroffenen Länder wurde um Unterstützung für den Erhalt der muttersprachlichen Sendungen geworben.

Mit der Einstellung der Mittelwelle und der Muttersprachlichen Programme war zudem der Fortbestand der gesamten Redaktion

Ausländerprogramm gefährdet.

Alle Bemühungen, sowohl durch Gespräche mit den Programmverantwortlichen als auch in den Gremien, waren im Ergebnis ohne Erfolg. Bei Abfassung dieses Berichts ist die Ausländerredaktion aufgelöst. Eine Redaktion Kulturen betreut die Sendung „Kulturen“, die auf hr-info zweimal wöchentlich für 25 Minuten in Deutsch ausgestrahlt wird. Zudem wurde auf hr2 eine 55-minütige Sendung „Weltzeit“ eingestellt, die jedoch mehrheitlich Auslandsberichte enthält und zum großen Teil aus Zulieferungen anderer ARD-Sendeanstalten besteht.

3.14.1.3 Nationaler Integrationsplan und hr

Bereits im September 2006 hatten sich die Intendanten der ARD verpflichtet, mit ihren Programmangeboten im Fernsehen, Hörfunk und Online ihren eigenen Beitrag zur Integration von rund sieben Millionen Zugewanderten und Aussiedlern zu leisten. Die ARD wolle der Tendenz entgegenwirken, „Zugewanderte überwiegend in Problemzusammenhängen darzustellen, und Gesprächsgäste bzw. Experten mit Migrationshintergrund auch zu Themen einladen, die es ihnen erlauben, ihre Sachkunde oder Meinung unabhängig von ‚Ausländerfragen‘ einzubeziehen. Die ARD wird Bewerber mit Migrationshintergrund gezielt bei der Ausbildung für programmprägende Berufe fördern und zum Beispiel verstärkt als Moderatoren einsetzen.“ (Auszug aus den ARD Leitlinien 07/08)

Diese flossen dann in die erweiterten Maßnahmen, Selbstverpflichtungen und Prüfaufträge der Sendeanstalten der ARD im Rahmen des Nationalen Integrationsplans 2007 mit ein.

Wichtigste Bestandteile der ARD-Selbstverpflichtungen waren dann

für Programmplanung und Berichterstattung:

- ☞ Das Ziel, „den Alltag der Menschen aus Zuwandererfamilien als Teil der gesellschaftlichen Normalität abzubilden und dabei die Chancen einer kulturell vielfältigen Gesellschaft glaubwürdig zu vermitteln, ohne ihre Probleme und Risiken zu negieren.“
- ☞ Aufnahme von Migrations- und Integrationsthemen in alle relevan-

ten Programmgenres und -formate

- ☞ Menschen mit Migrationshintergrund als Protagonisten in unterschiedlichsten Lebenslagen, insbesondere außerhalb gebräuchlicher Klischees.

für Personalpolitik und -entwicklung:

- ☞ Gezielte Personalgewinnung und -entwicklung bei Redakteuren, Autoren, Moderatoren und Schauspielern ausländischer Herkunft, die als positive Identifikationsfiguren an exponierter Stelle in den Programmen erscheinen sollen.
- ☞ Förderung der interkulturellen Kompetenz durch praxisnahe Ausbildungen

Dieser positiven Entwicklung standen aus Sicht der agah ein eher defizitärer Ist-Zustand des hessischen Teils der ARD, dem Hessischen Rundfunk, gegenüber. Diese Einschätzung resultierte vor allem aus der Programmebeobachtung, aber auch aus unzähligen Gesprächen mit Programmverantwortlichen, Redaktionsleitern, Redaktionen und Autoren sowie Erfahrungen mit anderen Sendeanstalten der ARD.

Die Arbeitsgruppe Medien, an der regelmäßig auch drei Vorstandsmitglieder teilnahmen, beschloss aufgrund der Aktualität des Nationalen Integrationsplans mit seinem medienpolitischen Schwerpunkt und den weitreichenden Selbstverpflichtungen der ARD, die Situation beim Hessischen Rundfunk und die Umsetzung der Selbstverpflichtungen dort als Arbeitsschwerpunkt festzulegen und erarbeitete Vorschläge, wie der Nationale Integrationsplan im Zuständigkeitsbereich des Hessischen Rundfunks besser Geltung finden könnte. Diese basierten auf einem vom agah-Vertreter im Rundfunkrat dem hr bereits im Herbst 2007 zugeleiteten Vorschlägen und wurden als Zielvorlage erheblich erweitert.

Dokumentation:

Migrant/innen und Medien - Vorschläge zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans im Zuständigkeitsbereich des Hessischen Rundfunks

Übersicht

1. Ziele
2. Datenlage/Medienforschung
3. Programmgestaltung
 - a. Allgemein
 - b. Hörfunk
 - c. Fernsehen
4. Personalentwicklung
5. Gremien
6. Sonstiges

1. Ziele

- der hr will einen eigenen und verstärkten Beitrag zur Integration von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund leisten.
- Dazu werden klare Ziele definiert und kontinuierlich sowie systematisch an deren Umsetzung gearbeitet.

2. Datenlage/Medienforschung

- Grundlage jeder Bemühung, Integration zu stärken, ist eine umfassende Datenerhebung. Dazu sind geeignete Kriterien zu entwickeln, um daraus Rückschlüsse zu ziehen und Konsequenzen einzuleiten.
- Die bisher unzureichenden Untersuchungen machen differenzierte Erhebungen u.a. in folgenden Bereichen notwendig:
- Mediennutzungsverhalten von Zuschauern bzw. Zuhörern mit Migrationshintergrund des hr speziell in Hessen,
- Erwartungen dieser Zielgruppen an die Programme des hr,
- Stichprobenuntersuchung über den Anteil vorkommender Protagonisten mit Migrationshintergrund,
- Qualitative und quantitative Erhebung zur inhaltlichen Gestaltung der Sendungen des hr,
- Qualifizierte und vergleichende Datenerhebung zur Beschäftigung von Journalisten mit und ohne Migrationshintergrund (Stichpunkte: Zahl nach Vertragsart, Position/Aufgaben, durchschnittliches Jahreseinkommen).

3. Programmgestaltung

Zielbestimmungen:

- Zugewanderte sollen nicht mehr überwiegend in Problemzusammenhängen dargestellt werden, sondern im Kontext eines medial vermittelten Alltagsbildes.
- Dazu gehört es auch, Vorurteilen entgegenzuwirken.
- Ein adäquater Anteil von Protagonisten mit Migrationshintergrund (O-Töne, Sachverständige, Studiogäste, Fallbeispiel im Beitrag) ist zu erreichen.
- Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die sich in allen Programmgattungen wiederfinden muss. Dies schließt aber zielgruppenorientierte Sendeformate nicht aus.
- Die Bindung der Zuschauer mit Migrationshintergrund an den hr wird weiter erhöht. Angestrebt wird dabei eine hohe Identifikation mit dem hr als „Hausseher“ im Bereich Hörfunk und Fernsehen.

Maßnahmen:

a) Allgemein

- Erarbeitung einer inhaltlichen Zielvereinbarung des Senders und Verbreitung in den Redaktionen.
- regelmäßige Information aller Mitarbeiter über Zielbestimmungen und Selbstverpflichtungen des Nationalen Integrationsplans sowie die geplante Umsetzung beim hr.
- Entwicklung eines Konzepts, wie die Umsetzung im Redaktionsalltag und in allen Redaktionen sichergestellt werden kann.
- Implementierung der Zielbestimmungen als verbindlicher Bestandteil von Sendekonzepten (u. a. vermehrte Berücksichtigung unterschiedlicher kultureller Herangehensweisen an ein Thema).
- Die Zahl der Produktionen, die sich mit grundlegenden Fragen der Migration und Integration auseinandersetzen, wird erhöht.
- Regelmäßige Setzung von Themenschwerpunkten, die genreübergreifend aufgegriffen werden.
- Regelmäßige Überprüfung und Evaluation der Maßnahmen.

b) Hörfunk

- Entwicklung eines weiteren Sendeformats, das die unterschiedlichen Lebensformen der Menschen in Hessen aufgreift und den Dialog von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund anregt.

Medien

- Die Kompetenzen der Ausländerredaktion werden in den Reporterpool eingespeist.
- Prominentere Platzierung und Bewerbung der mehrsprachigen Formate.
 - c) Fernsehen
- Überprüfung bestehender Formate (z. B. Herrliches Hessen, Defacto, Maintower) und Entwicklung neuer Sendekonzepte, die unterschiedlichen Lebensformen der Menschen in Hessen aufgreifen und den Dialog von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund anregen (z. B. Talkshows, Unterschaltungssendungen).
- Entwicklung von zusätzlichen zielgruppenorientierten Sendeformaten, die dazu geeignet sind, die Identifikation von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen (z. B. Pommes rot-weiß - Das Dönermagazin, Comedysendung, mehrsprachiges Serviceformat, Wort zum Freitag).
- Schaffung eines festen Sendeplatzes im Abendprogramm, an dem internationale Spielfilme im Originalton mit deutschen Untertiteln ausgestrahlt werden. Die Herkunftsländer der Filme sollen sich dabei an der Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung orientieren.

4. Personalentwicklung

Zielbestimmungen:

- Repräsentative Zusammensetzung der Redaktionen und der Führungsebenen einschließlich „sicht- und hörbarer“ Präsenz als Moderatoren und Autoren (Bildschirmpersonal).
- Interkulturelle Kompetenz als Standardqualifikation aller journalistisch tätigen Mitarbeiter/innen.
- Interkulturelle Kompetenz als Qualifikationsmerkmal.

Maßnahmen:

- Qualifizierte und vergleichende Datenerhebung zur Beschäftigung von Journalisten mit und ohne Migrationshintergrund (Stichpunkte: Zahl nach Vertragsart, Position/Aufgaben, durchschnittliches Jahreseinkommen).
- spezielle Aus- und Weiterbildungsprogramme für den journalistischen Nachwuchs mit Migrationshintergrund.
- Schaffung zusätzlicher Praktikaplätze speziell für junge Menschen mit Migrationshintergrund.
- Projekt „Paten“ und „Mentoren“.
- Ernennung von Integrationsbeauftragten/Diversity-Verantwortlichen.
- (Aufgaben: zentrale Ansprechpartner und Mitwirkung an Programmgestaltung)

und Personalpolitik, Erstellung eines langfristigen Konzepts zur Erreichung der Zielbestimmungen) und Einführung von Diversity Management.

- Förderung der interkulturellen Kompetenz durch praxisnahe Fortbildungen (Volltätigkeitsausbildung und Führungskräftebildung) und ein systematisches Angebot.
- Interkulturelle Kompetenz als Qualifikationsmerkmal bei Personalentscheidungen.

Ebenfalls im Herbst 2007 wandte sich die agah schriftlich an den Intendanten des hr und skizzierte die Beobachtung, dass zum einen Menschen mit Migrationshintergrund unter den Beschäftigten der Hörfunk- und Rundfunkanstalten - auch des hr - immer noch eher die Ausnahme sind, vor allem in verantwortlichen Entscheidungspositionen in den Redaktionen. Zum anderen wurde bemängelt, dass es bei der Programmgestaltung in Hörfunk und Fernsehen oftmals mehr vom Engagement einzelner diensthabender Mitarbeiter abzuhängen scheint, ob oder wie Themen rund um das Thema Migration und Integration platziert werden. Von einer adäquaten Darstellung der Migrant/innen und ihrer Bedeutung in und für Deutschland jedenfalls könne noch keine Rede sein.

Es wurde die Erwartung verdeutlicht, dass es einer aktiven Gestaltung eines Programms bedarf, das den Integrationsprozess vorantreibt, Migrant/innen sowohl in der Programmgestaltung als auch in den Strukturen berücksichtigt, sie beteiligt und als Zuschauerinnen und Zuschauer anspricht. Auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft wird durch eine weiterentwickelte Programmgestaltung und Mitarbeiterstruktur positiv für mehr Integration sensibilisiert. Daher wurde der Intendant um Auskunft gebeten, welche Schritte der hr unternommen wird, um die formulierten Zielbestimmungen des Nationalen Integrationsplans zu erreichen und bestehende Defizite abzubauen.

Zudem wurde die Einrichtung einer Position einer/eines - hauptamtlichen - Integrationsbeauftragten angeregt. Auf Anregung der AG „Interreligiöser Dialog“ und Initiative des Vorstands wurde die Forderung nach einem Integrationsbeauftragtem beim hr durch Beschluss der Delegiertenversammlung am 08.09.2007 bestätigt.

Aufgabe der/des Integrationsbeauftragten sollte sein, Anstöße für Initiativen zu geben, in Zusammenarbeit mit der Programmplanung

des Senders Modellvorhaben zu entwickeln sowie Maßnahmen und Schritte zur Umsetzung der Ziele aufzuzeigen. Auch die Darstellung kultureller Vielfalt in den Medien und die Förderung und Beschäftigung von Redakteur/innen und Moderator/innen mit Migrationshintergrund sollte von ihr/ihm wahrgenommen werden. Sinnvoll wäre es auch, wenn sich die Funktion der/der Integrationsbeauftragten auf weitere Tätigkeiten erstreckt, wie zum Beispiel Medienforschung in Bezug auf die Mediennutzung von Migrant/innen.

In der Antwort verwies der Intendant auf eine Informationsvorlage, die er dem Rundfunkrat zum Thema Anfang 2008 vorlegen werde. Der Einrichtung eines Integrationsbeauftragten stehe er eher skeptisch gegenüber.

Ebenfalls im Herbst 2007 wurde der Austausch und die Zusammenarbeit mit Vertretern anderer im Rundfunkrat vertretenen Institutionen gesucht. Bereits im November 2007 wurden daher erste Gespräche im Hessischen Rundfunk geführt. Am 09.04.2008 folgte ein Gespräch mit dem Programmdirektor Hörfunk des hr, an dem auch Vertreter der GEW und des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau teilnahmen. Sowohl dieses Gespräch als auch die oben erwähnte, dem Rundfunkrat Anfang 2008 zur Verfügung gestellte Vorlage, verstärkten den Eindruck, dass der hr sich insgesamt gut aufgestellt sieht und aus seiner Sicht kein verstärkter Handlungsbedarf besteht.

Eine kleine Gruppe, bestehend aus Mitgliedern des Rundfunkrates und der agah traf sich daher in der zweiten Jahreshälfte mehrfach (u.a. am 20.10.2008, 21.10.2008 und 04.12.2008), um zu prüfen, wie das Thema dennoch weiter vorangebracht werden kann. Es wurden mehrere Schritte vereinbart, so u.a. die politische Forderung nach Änderung des Rundfunkgesetzes, eine verstärkte Programmebeobachtung, eine verstärkte Thematisierung des Themas Medien und Integration durch eigene Veranstaltungen sowie fortgesetzte Gespräche mit den Programmverantwortlichen des hr.

Ein weiteres Gespräch, diesmal mit dem Programmdirektor Fernsehen und dem Chefredakteur Fernsehen fand dann am 08.12.2008 statt. Ein Ergebnis des Gespräches war, dass sich der hr einer vertieften Diskussion in Form einer Fachtagung nicht verschließt.

Die Ergebnisse der Kommunikation mit dem hr veranlassten den Vorstand, bei allen Gesprächen mit den Fraktionen und zuständigen Mitgliedern der Landesregierung darauf hinzuwirken, dass auch sie sich in geeigneter Weise für eine stärkere Implementierung des Themas Integration beim hr einsetzen mögen.

3.14.1.4 „Wort am Freitag“

Eine weitere Forderung, die auf eine Verbesserung des Bilds vor allem der Muslime einerseits, eine bessere Akzeptanz des hr bei den Muslimen andererseits abzielte, war die Anregung der AG „Interreligiöser Dialog“, den Hessischen Rundfunk um die Einrichtung eines „Wortes zum Freitag“ zu bitten. Vorangegangen war dieser Forderung in der Arbeitsgruppe eine Diskussion, in der sich die Mitglieder einig waren, dass Muslime, insbesondere im deutschen Fernsehen, überwiegend nur dann vorkommen, wenn Berichterstattung sensationsbehaftet ist und/oder der negative Schwerpunkt Terrorismus/Extremismus gesetzt wird.

Das Plenum beschloss dann auch am 8. September 2007 einen entsprechenden Antrag des Vorstandes, mit dem der Hessischer Rundfunk aufgefordert wurde, im Rahmen seiner öffentlich-rechtlichen Aufgabe Integration zu fördern, ein „Wort am Freitag“ in sein Fernsehangebot - mit dem Ziel der Übernahme in das ARD Programm - einzustellen.

Die bereits seit April 2007 vom Südwestdeutschen Rundfunk im Internet und seit Juli 2007 vom ZDF im Internet bzw. im digitalen ZDFInfokanal eingestellten Angebote waren ein richtiger und wichtiger Schritt, den Dialog zwischen den Religionen zu stärken, über den Islam zu informieren, religiöse Vorurteile bei Nichtmuslimen abzubauen und die Identifikation von Muslimen mit dem deutschen Medienangebot zu fördern.

Vor dem Hintergrund der herausragenden gesellschaftlichen Aufgabe der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Glaubens ist es nach Ansicht der agah ein Gebot der Zeit, mit einem Sendeformat an positionierter Stelle im Haupt-

programm zu reagieren. Hier kann und sollte der Hessische Rundfunk eine Vorreiterrolle spielen. Mit der Entwicklung und Ausstrahlung einer eigenen Sendung, eines „Wortes am Freitag“, das zunächst im Hessenfernsehen, perspektivisch bundesweit im Ersten Programm, ausgestrahlt wird, würde ein wesentlicher Beitrag für ein besseres Miteinanders von Muslimen und Nichtmuslimen geleistet. Auch sind wahrnehmbare positive Effekte auf das Mediennutzungsverhalten von Muslimen zu erwarten. Der immer wieder beklagten Nichtidentifizierung von Ausländern mit ihrem „Haussender“, dem hr, kann damit Abhilfe geschaffen werden.

Das Anliegen wurde in vielen Gesprächen mit Vertretern des hr, aber auch der Landespolitik vorgetragen. Zudem wurde die Forderung in das Aktionsprogramm „Integration“ aufgenommen. Auch hier wurde noch einmal deutlich gemacht, dass der Hessische Rundfunk eine Vorreiterrolle spielen kann und sollte, indem er ein Sendeformat an exponierter Stelle im Hauptprogramm platziert. Ein Ergebnis liegt bis zum Berichtszeitraum nicht vor.

3.14.1.5 Sonstiges

Das Mitglied der agah im Rundfunkrat wandte sich im Rahmen der Überlegungen zum 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages gegen Bestrebungen, den Rundfunkbegriff neu zu definieren. Nach der neuen Definition wäre der Rundfunk nur noch technisch und nicht mehr inhaltlich qualitativ definiert. Der hr bestätigte die Bedenken.

Zwei Vertreter des agah-Vorstandes besuchten am 18. März 2009 eine Redaktionskonferenz des hr-Ausländerredaktion.

3.14.2 Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk

3.14.2.1 Versammlung

Seit 1995 ist die agah mit Sitz und Stimmrecht in der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk vertreten. Die Versammlung, ein Organ der Landesanstalt, ist u.a. dafür zuständig, über die Zulassung von Sendeanstalten und die Einrichtung von Offenen Kanälen zu entscheiden sowie den Direktor der Anstalt zu

wählen.

Yilmaz Memisoglu hatte dieses Amt bis zur Übernahme des Sitzes der agah im Rundfunkrat des hr inne. Als Nachfolgerin wurde im Juni 2006 die stellvertretende Vorsitzende Jetty Sabandar benannt. Nach Ablauf der regulären Amtszeit wurde Jetty Sabandar erneut für die Amtszeit ab Januar 2007 bestätigt. Sie war zugleich Mitglied im „Programmausschuss.

- 23.06.2006 Haushaltsausschuss, Offenbach
- 08.09.2006 Versammlung, Kassel
- 18.09.2006 Versammlung, Kassel
- 13.10.2006 Versammlung, Kassel
- 30.10.2006 Versammlung, Kassel
- 05.02.2007 Versammlung, Kassel
- 26.02.2007 Versammlung, Kassel
- 26.03.2007 Versammlung, Kassel
- 23.04.2007 Versammlung, Kassel
- 13.-14.05.2007 Versammlung, Deidesheim
- 04.06.2007 Versammlung, Butzbach
- 17.09.2007 Versammlung, Kassel
- 29.10.2007 Versammlung, Kassel
- 02.-03.12.2007 Versammlung, München
- 10.12.2007 Programmausschuss, Kassel
- 28.01.2008 Versammlung, Kassel
- 18.02.2008 Versammlung, Kassel
- 14.04.2008 Programmausschuss, Kassel
- 21.04.2008 Versammlung, Bad Vilbel
- 26.05.2008 Programmausschuss, Kassel
- 12.06.2008 Versammlung, Homberg/Efze
- 07.07.2008 Außerordentliche Versammlung, Kassel
- 27.08.2008 Versammlung, Kassel

- 15.09.2008 Versammlung, Kassel
- 18.-19.09.2008 Versammlung, Brüssel
- 27.10.2008 Programmausschuss, Kassel
- 03.11.2008 Versammlung, Frankfurt am Main
- 01.12.2008 Programmausschuss, Kassel
- 15.12.2008 Versammlung, Kassel
- 26.01.2009 Programmausschuss, Kassel
- 28.01.2009 Arbeitsgruppensitzung, Offenbach
- 09.02.2009 Versammlung, Kassel
- 20.04.2009 Programmausschuss, Kassel
- 17.-18. 05.2009 Programmausschuss, Kassel, Fulda
- 27.04.2009 Versammlung, Kassel
- 08.06.2009 Versammlung, Langenselbold
- 31.08.2009 Programmausschuss, Kassel
- 21.09.2009 Versammlung, Kassel
- 26.10.2009 Programmausschuss, Kassel
- 02.11.2009 Versammlung, Kassel
- 14.12.2009 Versammlung, Kassel

Behandelte Themen waren u.a.:

- Feststellung der programmbezogenen und nicht programmbezogenen Zulassungsvoraussetzungen bei
 - (Verlängerungs-)Anträgen auf Zulassung von bundesweiten Fernseh- und Hörfunkvollprogrammen sowie Hörfunkspartenprogrammen
 - Anträgen auf Erteilung von bundesweiten Satellitenzulassungen
 - Zuweisungsverfahren DVB-T im Rhein-Main-Gebiet
 - Anträge auf Zuweisung von dauerhaften Frequenzen für medienpädagogische Arbeiten
- Entscheidung über die Vergabe der UKW-Hörfrequenzen

-
- Entscheidung über Anträge auf Veranstaltungsrundfunk im vereinfachten Verfahren
 - Entwicklung des digitalen Hörfunks
 - Handyclips im Unterricht - Medienpädagogische Handy-Projekte der LPR Hessen
 - Bewertungsspielräume im Jugendschutz: Unterschiedliche Kriterien von KJM und FSF am Beispiel Big Brother „Wechselmatch“, RTL 2
 - RTL-Doku-Soap „Erwachsen auf Probe“
 - Programmanalysen
 - Hörfunkentwicklung in Hessen
 - Änderung der Kanalbelegungssatzung
 - Förderung der technischen Infrastruktur
 - Die Bedeutung Europas für die deutsche Medienordnung: Europäisches Medienrecht , Aufgaben der Europäischen Union - Auswirkungen auf das deutsche Medienrecht
 - Verbreitung audiovisueller Inhalte und EG-Telekommunikationspolitik
 - Inhaltliche Anforderungen an audiovisuelle Medien - menschenrechtliche Grundlagen des Journalismus
 - Bürgermedien als Garant für eine pluralistische europäische Medienlandschaft
 - Die Bedeutung der Medienkompetenzvermittlung in Europa am Beispiel des „Safer Internet Programms“ der EU
 - Medienkompetenzaktivitäten
 - Haushaltsplan
 - Gewinnspielsatzung
 - Plattformsatzung
 - Satzung zur Änderung der Kommissionsfinanzierungssatzung
 - Veränderte Bedingungen für die Medienentwicklung
 - Änderung der Frequenzsatzung UKW

Im Rahmen ihrer Mandatswahrnehmung wurde Jetty Sabandar immer wieder von privaten Hörfunk- und Fernsehanbietern kontaktiert, die um eine Lizenzvergabe an ihre Unternehmen warben.

3.14.2.1 Bürgermedien

Der regelmäßige Kontakt zu den in Hessen bestehenden Offenen Kanälen wurde im Berichtszeitraum weiter gesucht. Vertreter der agah nahmen an mehrerer Veranstaltungen teil, so

- 18.07.2006 10 Jahre Sendebetrieb des Offenen Kanals Gießen, Empfang, Gießen. Veranstalter: Offener Kanal Gießen
- 08. - 09.09 2006 „Mehr Demokratie durch Bürgermedien“, Veranstaltung, Berlin. Veranstalter: Verband Offener Kanäle

3.14.3 Printmedien

Über ein ehemaliges Mitglied eines Ausländerbeirates wurde die agah auf einen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 13. Oktober 2009 aufmerksam gemacht. Dieser bezog sich auf die mutmaßlichen Attentäter der so genannten „Sauerland-Gruppe“ und war unter einem Bild platziert, dass die DITIP-Moschee in Langen am Tag der Offenen Tür zeigte. Die agah unterstützte die gerechtfertigte Kritik an einer unzulässigen Verknüpfung von Text und Bild durch Beratung des Beschwerdeführers und Unterstützung des Protestes bei der FAZ.

3.14.4 Mediengesetze

3.14.4.1 Gesetz zur Änderung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes und des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk

Im Oktober 2006 legte die Hessische Landesregierung einen Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes und des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk vor, der Veränderungen in mehreren Bereichen vorsah: Frequenzzuordnungsregelung, Belegung analoger und digitaler Kabelanlagen, Versorgung mit Hörfunkprogrammen, Prüfungsbefugnisse des Rechnungshofes sowie eine neue Finanzierungsregelung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk.

Besonders letztere geriet in den Fokus der öffentlichen Diskussion. Befürchtet wurde, dass die Neuregelung der Mittelzweckbindung für die Landesanstalt für den privaten Rundfunk dramatische Folgen bezüglich des Bestands der Offenen Kanäle und nichtkommerziellen Hörfunksender nach sich ziehen würde. Auch nach Ansicht der agah stand zumindest der Bestand von zwei Offenen Kanälen zur Disposition. Freie Radios wären in Zukunft gar nicht mehr finanzierbar, Medienkompetenzprojekten ständen 40 Prozent weniger Mittel zur Verfügung.

Die agah reagierte mit einer Pressemitteilung, in der sie sich für den Erhalt der Bürgermedien einsetzte und verdeutlichte, dass gerade diese ein Stück gelebte Integration sind. Es sind besonders die Bürgermedien, die für die Migranten in Hessen eine hohe Bedeutung haben und von ihnen viel genutzt werden. Und vor allem sie bieten ein vielfältiges und buntes Programm, das kommerzielle und öffentlich-rechtliche Anbieter in dieser Art nicht leisten.

Auch in der mündlichen Anhörung im Rahmen des Beteiligungsverfahrens im Hauptausschuss des Hessischen Landtages am 29. November machten die Vertreter der agah diese Position deutlich. Die vorgesehene Streichung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben schränkten nach Ansicht der agah zudem die Haushaltsautonomie der Versammlung ein. Der Regelung der Prüfungsbefugnis des Rechnungshofes fand hingegen die Zustimmung der agah.

Damit wurde auch dem Beschluss des agah-Plenums vom 25. November 2006 Rechnung getragen, der auf Initiative des Ausländerbeirates der Stadt Kassel gefasst wurde und die agah aufforderte, sich für eine Korrektur der Novelle einzusetzen. Die Mitglieder wurden darüber in Kenntnis gesetzt.

Im Ergebnis konnte durch die Kritik der agah und fast ausnahmslos aller im Anhörungsverfahren Beteiligten erreicht werden, dass die Deckelung der Mittel etwas zugunsten der Offenen Kanäle, des nicht kommerziellen lokalen Hörfunks sowie sonstiger Projekte zur Vermittlung von Medienkompetenz verändert wurde und somit im Ergebnis mehr Mittel als im Ursprungsentwurf vorgesehen zur Verfügung stehen.

3.14.5 Medien und Integration

Die zunehmende Bedeutung des Themas im Kontext der staatlichen Integrationspolitik wurde bereits dargestellt. Auch die agah suchte im Berichtszeitraum mit eigenen Veranstaltungen Akzente zu setzen und die Bedeutung der Medien im Integrationsprozess darzustellen.

Neben den bereits skizzierten konkreten Vorschlägen und Forderungen, vor allem gegenüber dem Hessischen Rundfunk, wurde die Mitgliederversammlung am 6. Juni 2009 in der Hessentagsstadt Langenselbold genutzt und dem Thema „Medien und Migration - Diversity als Chance zu mehr Integration“ ein breiter Rahmen eingeräumt.

Gastredner Dr. Gualtiero Zambonini, Beauftragter für Integration und kulturelle Vielfalt beim WDR in Köln, verwies in seinem Beitrag darauf, dass sich hinsichtlich der Mediennutzer ein Publikumswandel vollzogen habe, der im angebotenen Programm selbst keine Entsprechung finde. Das Programmangebot sei daher immer wieder kritisch daraufhin zu überprüfen, ob es dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trägt.

Der Medienforschung komme bei dieser Problemanalyse und Überprüfung eine besondere Bedeutung zu, da sie die Mediennutzung beobachte. Hinsichtlich der Gruppe der Mediennutzer mit Migrationshintergrund zeige sich, dass diese Gruppe verschiedene Medien nutze. Hieraus leite sich als Konsequenz eine strategische Frage für die Medienunternehmen hinsichtlich ihres Angebotes ab.

Der entsprechende Reformprozess beim WDR selbst sei unumgänglich gewesen, so Dr. Zambonini, der dies konkret am Beispiel der Sendung „Funkhaus Europa“ darlegte. Auch im Bereich der Medien sei eine ressourcenorientierte Politik notwendig. Die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter/innen müsse - mehr - genutzt werden. Man dürfe nicht mehr ein Programm für Minderheiten machen wollen, sondern für ein verändertes Publikum. Die Strukturen sollten jedoch behalten werden. Allerdings müsse sich das Selbstverständnis der heutigen so genannten Ausländerredaktionen ändern. Zukünftig sollen sie ihr Spartendasein ablegen und überredaktionell Beiträge erstellen und anbieten. Zudem müsse man den Prozess der interkultu-

rellen Öffnung als Prozess verstehen.

Bereits seit Mitte Dezember 2008 traf sich zudem eine Vorbereitungsgruppe, um die im Gespräch mit dem hr Anfang Dezember 2008 angedachte Fachtagung zu konzeptionieren und zu planen. Neben den Vertretern der agah, dem Interkulturellen Beauftragten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und des Diakonischen Werkes und der GEW, die auch an besagtem Gespräch teilgenommen hatten, wurden als weitere Mitveranstalter das Medienhaus der EKHN, die Evangelische Akademie Arnoldshain sowie der DGB geladen.

Treffen dieser Gruppe fanden statt am 9. Dezember 2008, 27. Januar 2009, 17. Februar 2009, 03. April 2009, 22. Juli 2009, 28. August 2009.

Vereinbart wurde eine Tagung zum Schwerpunkt „Migration und Medien“, die der Frage nachgehen sollte, inwieweit die Absichtserklärungen von ARD und ZDF und die Ziele des Nationalen Integrationsplans in der Praxis der Sender verankert worden sind:

Wie kommen die Medienanstalten ihrem Integrationsauftrag nach, indem sie Migration und Integration als Themen bei der Programmplanung und Berichterstattung aufgreifen?

Welche Erkenntnisse liefert die Medienforschung bezüglich der Mediennutzung in Migrantenmilieus?

Wie engagieren sich ARD und ZDF für Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund und welche Konzepte haben sie im Hinblick auf diese für die Ausbildung entwickelt?

Weiter konnten Referent/innen für die Vorstellung der Konzepte von Radio- und Fernsehsendern in Frankreich, Holland und Großbritannien gewonnen werden. Im Gespräch mit Journalistinnen, Journalisten und verantwortlichen Akteuren des Hessischen Rundfunks und des ZDF sollen zukunftsweisende Handlungsperspektiven entwickelt werden.

Als Gäste konnten u.a. die ehemalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen, der Hessische Staatssekretär für Integration, Dr. Rudolf Kriszeleit, der Programmdirektor Fernsehen des hr, Manfred Krupp, der Direktor der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk, Prof. Wolfgang Thaenert und

der Leiter der Hauptabteilung Programmplanung, Martin Berthoud, gewonnen werden.

Die Tagung fand nicht mehr im Berichtszeitraum, sondern vom 22. bis 23. Januar 2010 in den Räumen der Evangelischen Akademie Arnoldshain statt.

Die bereits im Jahr 2007 von der Arbeitsgruppe „Interreligiöser Dialog“ vorgeschlagene und vom Vorstand befürwortete Organisation einer weiteren Fachtagung zum Thema „Islam und Medien“ wurde aufgrund der Vielzahl der Veranstaltungen, der begrenzten Arbeitskapazitäten und einer Priorisierung der oben beschriebenen Medienfachtagung sowie der Veranstaltungsreihe „Die Zukunft der Muslime in Deutschland“ (vergleiche Kapitel 3.17) bis zum Ende des Berichtszeitraumes zunächst nicht weiter verfolgt.

3.14.6 Medien und Antidiskriminierung

3.14.6.1 Erweiterung des Anwendungsbereichs der AGG

Im Jahr 2006 trat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft. Seither wird am Arbeitsplatz und in Teilen des privaten Geschäftsverkehrs weitreichender Diskriminierungsschutz gewährt.

Im Bereich der Hörfunk- und Fernsehberichterstattung können Migrantinnen und Migranten jedoch nach wie vor von Diskriminierung betroffen sein, ohne dass das AGG Anwendung finden könnte. Zwischen den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern als Körperschaften des öffentlichen Rechts und den Zuschauern kommt ein öffentlich-rechtliches Nutzungsverhältnis zustande. Der Schutzbereich des AGG erstreckt sich jedoch nicht auf den gesamten Bereich der öffentlichen Verwaltung und Institutionen, so dass eine Anwendungsmöglichkeit auch gegenüber diskriminierender Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender nicht gegeben ist.

Die agah setzte sich daher im September 2007 mit Schreiben an die Bundesjustizministerin und die Fraktionen des Deutschen Bundestages für eine Erweiterung des Anwendungsbereiches des AGG ein. Sowohl die Bundesjustizministerin als auch die Fraktionen

von CDU/CSU und der Linken zeigten Verständnis für das Anliegen und bestätigten, dass sich die Berichterstattung im Einzelfall als diskriminierend darstellen kann. Dennoch lehnten alle eine Änderung des AGG vor allem aus rechtssystematischen Gründen ab und verwiesen darauf, dass sowohl das Zivil- als auch das Presserecht Möglichkeiten vorsehen, Diskriminierungen entgegen zu treten.

3.14.6.2 Schutz vor Verwendung diskriminierender Minderheitenkennzeichnungen

Mit Erlass vom 10. Juni 2008 erklärte das Hessische Landespolizeipräsidium Leitsätze zum Schutz nationaler Minderheiten vor Verwendung diskriminierender Minderheitenkennzeichnungen durch Polizeibehörden für verbindlich, sowohl für den internen als den externen Gebrauch. Darin ist u.a. festgelegt, dass auf die Zugehörigkeit zu einer Minderheit in der Berichterstattung nur hingewiesen werden darf, wenn sie für das Verständnis eines Sachverhaltes oder für die Herstellung eines sachlichen Bezuges zwingend erforderlich ist. Die agah begrüßte den Erlass, beobachtete jedoch in der Berichterstattung in der Folge mehrfach, dass in Medienberichten weiterhin oftmals diskriminierende Minderheitenbezeichnungen verwendet wurde, ohne dass ein sachlicher Grund dafür ersichtlich gewesen wäre.

Daher wurden zunächst die Ausländerbeiräte gebeten, solche Fälle in ihren Zuständigkeitsbereichen zu rügen und der agah davon Kenntnis zu geben.

Zugleich wurde geprüft, ob die europäische Rechtsgrundlage des Erlasses vom 10. Juni 2008 auch auf andere Institutionen und Medien übertragbar ist.

Ergebnis der Prüfung war, dass das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten nur auf nationale Minderheiten anwendbar ist. Der Begriff nationale Minderheiten wird jedoch vom Europarat nicht definiert. Der Entwurf für ein Zusatzprotokoll betreffend den Schutz nationaler Minderheiten aus dem Jahr 1993, der jedoch nie für verbindlich erklärt wurde, definiert eine nationale Minderheit als eine Gruppe von Personen, die u.a. im Hoheitsgebiet eines Staates ansässig und dessen Staatsbürger sie sind. Damit

wäre das Abkommen sicher anzuwenden auf Sinti und Roma, Sorben sowie Friesen. Auf Migranten ohne deutschen Pass ist das Übereinkommen in keinem Fall anzuwenden. Für diese Personengruppe sowie Eingebürgerte gilt das in Artikel 3 des Grundgesetzes verankerte Diskriminierungsverbot sowie inhaltsgleiche Regelungen in Landesverfassungen und der Europäischen Konvention zum Schutze des Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Aufgrund der interpretierbaren Rechtslage vor allem für Zugewanderte wurde daher vereinbart, dass die Vertreter der agah in Mediengremien unter Bezug auf den Erlass das Thema Berichterstattung unter Nennung der ethnischen Herkunft problematisieren sollen.

3.14.7 Sonstiges

Der Frankfurter Verein Dikom suchte im Laufe des Jahres 2008 in mehreren Gesprächen um Unterstützung für ihr Projekt „MiMedia - Ein Stipendienprogramm für den journalistischen Nachwuchs mit Einwanderungsbiografie“, für das noch Sponsoren und Medienpartner gesucht wurden.

Weitere Veranstaltungen, die im engeren oder weiteren Sinn in Zusammenhang mit dem Thema Medien und Integration standen und an denen Vertreter/innen der agah teilnahmen, waren:

- 22.03.2007 „20 Jahre CIVIS“, Festveranstaltung, Weinheim. Veranstalter: CIVIS medien stiftung
- 12.10.2007 Hessischer Filmpreis 2007, Verleihung, Frankfurt. Veranstalter: Hessische Landesregierung